



## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrates, die Medienvertretenden - worunter sich mit Herrn Simon Keller und Frau Melissa Steuri heute erstmals zwei Berichterstatter des Lokalradiosenders neo<sup>1</sup> (104.7 MHz) befinden - und die Gäste zur dritten Stadtratssitzung im Jahre 2014.

Obwohl die am 31. März 2014 geplante Sitzung mangels beschlussesreifer Geschäfte nicht stattgefunden habe, müsse in Anbetracht der vorliegenden Traktandenliste nicht befürchtet werden, dass die heutige Sitzung zur Monstersitzung werde, insofern der Rat die Sitzung effizient und nicht wortgewaltig gestalten werde. Weil das Restaurant der Alten Mühle nach wie vor geschlossen sei, habe er sich erlaubt, in der Brasserie Hasli ein paar Plätze zu reservieren, um nach der Sitzung gemeinsam das obligate Bier trinken zu können.

In den vergangenen Wochen habe sich so einiges Bewegendes ereignet:

- "langenthal bewegt 2014" (5. - 9. Mai 2014): In Langenthal bewege man sich nicht nur an den jährlich stattfindenden Wettkämpfen oder in unzähligen Trainingseinheiten der zahlreichen Sportarten, sondern auch in den im Rahmen von "langenthal bewegt 2014" angebotenen Randsportarten wie Line-Dance, Bewegung mit Hund, Pétanque oder meditativen Tänzen für Senioren.
- Kulturnacht (9. Mai 2014): An der 10. Kulturnacht habe das attraktive Kulturangebot der Stadt Langenthal bestaunt werden können.
- Die innerstädtische Bautätigkeit bewege jetzt und auch in Zukunft noch viele Bürgerinnen und Bürger. Momentan werde zwischen dem Kunsthaus und der Metzgerei Stettler gebaut. Demnächst werde beim Bütschli-Haus mit dem Bau begonnen. Die obere Märitgasse werde umgegraben und die Löwenbrücke werde kommende Woche gesperrt. Auch beim Bahnhof soll bald gebaut werden.
- Im Leistungssport werde leider immer noch mehr über gewaltbereite Hooligans als über den Sport selber gesprochen.
- Die nationale Politik, Wirtschaft und Diplomatie werde in der Beziehung Schweiz-Europa und Schweiz-USA stark gefordert. Auch der Konflikt in der Ukraine sei alles andere als beigelegt. Zwischen Waffen und Argumenten gebe es kein Gleichgewicht mehr.
- Am Wochenende vom 17./18. Mai 2014 gebe es zahlreiche Gründe, vom Stimmrecht Gebrauch zu machen und möglichst viele Bekannte dazu zu motivieren, um die Stimmbeteiligung endlich wieder zu verbessern.

Das Protokoll der Sitzung vom 24. Februar 2014 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteile er der Protokollführerin das Wort zum **Appell**:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>1</sup>
  - **2** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **37** Stadratsmitglieder anwesend. Ab 19.10 Uhr (Traktandum Nr. 1) sind **38** Stadratsmitglieder anwesend.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

**Stadratspräsident Markus Bösiger (FDP)** stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells betrage 19.

Bevor die Beratung der Traktanden aufgenommen werde, weise er erfreut darauf hin, dass die Frau von Herrn Gemeinderat Reto Müller am 6. Mai 2014 einen gesunden Sohn namens Yuri Andrin geboren habe. (*Applaus*). Auch im Stadtrat gebe es eine Änderung zu verzeichnen. Heute sei ein neues Stadratsmitglied anwesend, welches allen bekannt sein sollte, zumal dessen Name quasi an jeder Strasse auftauche. Er wünsche Stadtrat Michael Witschi als Vertreter der FDP viel Befriedigung beim Politisieren und bedanke sich bereits heute für das Engagement für die Stadt Langenthal.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet oder vorliegend.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. **Postulat** (gewandelte Motion) **Freudiger Patrick und Schaller Albert (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum"** (in ein Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt am 10. Mai 2010); **Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Gemeinderat Rolf Baer (FDP):** Der Auftrag an den Gemeinderat laute, eine Vorlage auszuarbeiten, mit welcher die Stadt Langenthal mit Zustimmung der Kantonspolizei Videokameras an neuralgischen Stellen im öffentlichen Raum bzw. zum Schutz der gefährdeten öffentlichen Gebäude installieren könne. Das Bahnhofareal, das Gebiet auf und um den Spitalplatz und das Gelände der Schulanlagen im Kreuzfeld werden im ursprünglichen Motionstext namentlich erwähnt. Die Motion sei am 10. Mai 2010 in ein Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt worden.

Der Prüfbericht liege jetzt vor, womit der Gemeinderat dem Stadtrat die Abschreibung des Postulats zur Kenntnis gebe.

Ergänzende Bemerkungen zum Bericht:

- Der Gemeinderat habe mit Beschluss vom 22. Mai 2013 das Sicherheitskonzept genehmigt, womit das Amt für öffentliche Sicherheit beauftragt worden sei, ein Konzept für die Videoüberwachung auszuarbeiten.
- Die kantonale Verordnung über den Einsatz von Videoüberwachungsgeräten sei so umfassend, dass es keine ergänzenden kommunalen Erlasse brauche.
- Mittels Gesuch der Stadt an die verantwortliche Kantonspolizei, könne die Bewilligung für die Einrichtung, den Einsatz und den Betrieb von Videoüberwachungsgeräten in Form einer Zustimmungsverfügung eingeholt werden. Dabei sei zu beachten, dass das Datenschutzgesetz bzw. die Datenschutzverordnung die Möglichkeiten eines Einsatzes von Videoüberwachungsgeräten im öffentlichen Raum in grossem Masse einschränke.

Folgende Spannungsfelder seien anzusprechen und zu beachten:

- Der Nutzen und Sinn von Videoüberwachungsanlagen werde sehr kontrovers diskutiert und beurteilt.
- Im Projektteam (Sicherheitskonzept), in der Kommission für öffentliche Sicherheit, im Gemeinderat und ebenfalls im Stadtrat sei das Geschäft bei dessen Behandlung sehr umstritten gewesen.
- Videoüberwachungen können andere (vor allem präventive) Massnahmen nicht ersetzen.
- Entsprechende Standorte müssen entsprechend gekennzeichnet werden.
- Die Kantonspolizei erteile eine Bewilligungen nur, wenn am betreffenden Ort kriminelle Handlungen über eine längere Zeitdauer nachgewiesen werden können und wenn vorher bereits sämtliche präventiven Massnahmen eingesetzt worden seien.

**Patrick Freudiger (SVP):** Der vorliegende Vorstoss sei von ihm und Stadtrat Albert Schaller eingereicht worden. Dass der Gemeinderat der Videoüberwachung - zumindest im Grundsatz - eine hohe Priorität einräume, werde von ihm als auch von Stadtrat Albert Schaller sehr begrüsst. Hinter die Aussage, mit der Umsetzung abwarten zu müssen, weil über einen längeren Zeitraum nachgewiesen werden müsse, dass es zu Straftaten gekommen sei, werde ihrerseits allerdings ein Fragezeichen gesetzt.



Auch das Datenschutzgesetz müsse ihrer Meinung nach nicht bemüht werden, zumal das Polizeigesetz in Art. 51a PolG regle unter welchen Umständen eine Gemeinde eine Videoüberwachung an öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten einführen dürfe. Zitat: *"..., an denen Straftaten begangen worden sind oder an denen mit Straftaten zu rechnen ist, ...."* Wenn der Gemeinderat also abwarten wolle, bis ein Haufen an Straftaten nachgewiesen sei, dann tue er dies ohne dass es von Rechtsordnung verlangt werde, was seiner und der Ansicht von Stadtrat Albert Schaller nach auch gar nicht nötig sei.

Beim Bahnhofplatz müsse zugegebenermassen das Spezifikum beachtet werden, dass das Gebiet zu einem guten Teil der SBB gehöre. Auf dem Wuhrlplatz aber würden bekannterweise regelmässig Drogendelikte begangen. Im Minimum gebe es zwei öffentlich bekannte Fälle, in denen Leute wegen Drogenhandels und nicht wegen eines geringfügigen Eigenkonsums zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden seien. Auf dem Wuhrlplatz sei nicht einmal mit Straftaten zu rechnen, da es sie erwiesenermassen schon gegeben habe.

Langenthal wäre bei weitem nicht die einzige Gemeinde, die Videoüberwachung entsprechend den heutigen Möglichkeiten einführen würde. Bereits in mehreren Gemeinden komme Videoüberwachung zum Einsatz. Der Gemeindepräsident der Gemeinde Studen habe in der Zeitschrift "Sicherheit und Recht" (Ausgabe 2, 2012) einen Aufsatz geschrieben und darin wörtlich festgehalten (Zitat): *"Gerade spontane Kriminalität, also Delikte, die aus einer gerade vorherrschenden Stimmung in einem bestimmten Kontext heraus entstehen, wie Vandalismus, lässt sich dadurch (gemeint: Videokameras) wirkungsvoll reduzieren. Aber auch Diebstähle, Drogendelikte oder Delikte gegen die körperliche oder sexuelle Integrität lassen sich am überwachten Ort vermeiden."*

Es gehe nicht darum, Leute - die nicht wissen, dass sie überwacht werden - zu erwischen, wenn sie kriminell werden. Es gehe vielmehr darum gut sicht- und wahrnehmbare Videokameras an ausgewählten öffentlichen Orten mit erhöhtem Kriminalitätsrisiko aufzustellen, um die Leute davon abzuschrecken, kriminell zu werden - namentlich in Bezug auf spontane Kriminalität. Auch der Gemeinderat habe die Videoüberwachung als ein präventives Instrument erwähnt. Der Gemeindepräsident von Studen empfehle Gemeinden die Einführung von Videokameras auch aus einer Kosten-Nutzen-Überlegung heraus. Die im Bereich des Bahnhofs Studen eingeführte Videoüberwachung habe dazu geführt, dass die Kosten für Vandalismus seit der Einführung der Kameras gesunken seien, was Langenthal einen Hinweis darauf liefere, dass das Instrument Wirkung entfalte.

Der Stadtrat könne am heutigen Abend nur Kenntnis davon nehmen, was der Gemeinderat beabsichtige und wolle. Der Stadtrat könne aber auch davon Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat dem Postulat grundsätzlich eine hohe Priorität einräume. Sollte sich aber herausstellen, dass mit der Umsetzung all zu lange gewartet werden soll, und dass man all zu viele Straftaten geschehen lassen wolle, bevor gehandelt werden soll, dann werden die Vertreter der SVP-Fraktion - namentlich diejenigen in der Kommission für öffentliche Sicherheit - aktiv dafür sorgen, dass in Langenthal die bestehenden Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit auch genutzt werden.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat gestützt auf Art. 35 Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981 nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zum Postulat (gewandelte Motion) Freudiger Patrick und Schaller Albert (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum"** (in ein Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt am 10. Mai 2010).

**Gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird das Postulat damit als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 2. Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014: Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Rolf Baer (FDP):** Das Amt für öffentliche Sicherheit habe sich bereits in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt mit dem Thema beschäftigt. Gestaltungsideen würden bereits bestehen. Das Bedürfnis, beim Gemeinschaftsgrab ebenfalls Namen anbringen zu können, sei also bereits aufgenommen worden. Selbstverständlich werde es aber weiterhin so sein, dass namenlose Bestattungen an gleicher Stelle möglich sein müssten.

Fehlende Personalressourcen in den Ämtern hätten dazu geführt, dass dieses Anliegen nicht an vorderster Stelle in der Priorisierung gestanden habe. Die Umsetzung des Anliegens verlange nicht nur eine bauliche Gestaltung, da auch das Friedhofreglement angepasst werden müsse: Art. 32 verlange eine namenlose Grabstätte.

Der Gemeinderat unterstütze das Anliegen, qualifiziere die Motion als Motion mit Weisungscharakter und stelle dem Stadtrat den Antrag, sie erheblich zu erklären. Der Gemeinderat würde auch eine allfällige Wandlung der Motion in ein Postulat unterstützen.

**Motionärin Anita Steiner-Thaler (EVP):** In ihrer Motion habe sie das Anliegen einiger Langenthalerinnen und Langenthaler aufgenommen. Dass sich die Gemeinde bzw. das Amt für öffentliche Sicherheit mit der Thematik bereits auseinandergesetzt habe, sei schön zu hören.

Auf dem Friedhof Langenthal bestehe die Möglichkeit, die Asche nach der Kremation einem anonymen Gemeinschaftsgrab zu übergeben. Verschiedentlich werde an dieser Stelle eine Namenstafel vermisst, worauf auf Wunsch der Angehörigen oder der verstorbenen Person der Vor- oder Nachname oder eventuell auch der Jahrgang sowie das Todesjahr festgehalten werden könnte.

Es gebe vielfältige Gründe, weshalb die Bestattungswahl auf ein Gemeinschaftsgrab falle: Für Angehörige könne damit die Grabpflege entfallen. Einige Verstorbene hätten sich bewusst dafür entschieden, nach ihrem Tod bescheiden und ohne Namensangabe in einem Gemeinschaftsgrab zu ruhen. Diese Möglichkeit soll deshalb weiterhin bestehen bleiben. Es gebe jedoch etliche Verstorbene und deren Angehörige, die den Wunsch haben, dass der Name nach dem Tod auf einer Gedenktafel verewigt werde. Damit sei es möglich, zusammen mit anderen Verstorbenen, bescheiden in einem Gemeinschaftsgrab zu ruhen, den geliebten Menschen aber gleichzeitig eine Erinnerung zu ermöglichen.

Mit dem Anliegen werde die Revision von Art. 32 des geltenden Bestattungs- und Friedhofsreglement beantragt. Im Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger empfehle sie, der Motion zuzustimmen. Von der EVP/glp-Fraktion werde das Anliegen ebenfalls befürwortet.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Silvia Grimm-Berchtold (BDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion werde der Erheblicherklärung der Motion mehrheitlich zustimmen. Da der formulierte Antrag bereits offene Türen einrenne, hätte ein Telefonanruf genügt, womit dem Rat und allen an der Motion Beteiligten die ganze Arbeit erspart worden wäre.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

## III Abstimmung:

### I. Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

**Die Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014:** Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

### II. Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen):

**1. Die Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014:** Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab **wird erheblich erklärt.**

**2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion vom 24. Februar 2014: ABiKuS. Überprüfung und Optimierung im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit; Stellungnahme

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Die Motion spreche im Detail an, dass eine umfassende Prüfung und eine Auslegeordnung betreffend das Amt vorzunehmen sei, worüber der Stadtrat periodisch zu orientieren sei und dass die Resultate der Überprüfung dem Stadtrat zur Beschlussfassung zu unterbreiten seien.

Die Berichterstattung des Gemeinderates werde durch ihn als Stadtpräsidenten wahrgenommen, weil mit der Motion die Organisation der Stadtverwaltung angesprochen werde.

Der Gemeinderat habe im Rahmen der Kündigung per Ende April 2014 des Amtsvorstehers primär und konkret Entscheide zur Regelung einer Übergangslösung getroffen. Der Gemeinderat habe die Fachbereichsleiter mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet, damit die laufenden Geschäfte in direkter Zusammenarbeit mit den zuständigen politischen Ressortvorsteherinnen und Ressortvorstehern weiterbearbeitet werden können. In diesem Zusammenhang sei eine Verzichtsplanung zur Priorisierung der Aufgaben im ABiKuS im Gange, womit auf die eingeschränkte Funktionsfähigkeit aufgrund der personellen Lücke reagiert werde. Dieser Prozess sei noch nicht abgeschlossen.

Der Gemeinderat habe bereits nach dem Bekanntwerden der Kündigung des Amtsvorstehers beschlossen, die Stelle nicht unmittelbar wieder zu besetzen. Der Gemeinderat habe einen Prozess ausgelöst, der im Sinne der vorliegenden Motion eine externe Überprüfung zum Ziel habe, mit welchem die Struktur des ABiKuS unter die Lupe genommen werden könne und welcher Optimierungsmöglichkeiten aufzeige bzw. die vielseitigen Inhalte des Amtes hinterfrage. Dieser Prozess habe mit der Suche nach geeigneten externen Unterstützungsadressen eingesetzt. Verschiedene Offerten seien vorliegend. Der Gemeinderat werde sich in einem nächsten Schritt mit einer entsprechenden Auswahl befassen, so dass der Prozess effektiv in Gang gesetzt werden könne.

Die Haltung des Gemeinderates zur Motion sei klar. Der Gemeinderat qualifiziere die Motion grundsätzlich als Motion mit Weisungscharakter und empfehle deren Erheblicherklärung. Der Gemeinderat würde auch im Falle einer allfälligen Wandelung der Motion in ein Postulat, positiv Stellung zum Anliegen nehmen, würde aber, weil damit quasi ein Auftrag zur Erstellung eines Prüfungsberichts über eine Prüfung ausgelöst würde, die gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses beantragen.

**Motionärin FDP/jll/BDP-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion erachte die Qualifizierung der Motion als eine Motion mit Weisungscharakter als korrekt, weil damit eine Auslegeordnung verlangt werde, die im Ergebnis offen sein soll. Offen im Ergebnis heisse, dass es keine Tabus geben dürfe, da die FDP/jll/BDP-Fraktion damit die Idee und das Ziel sichergestellt haben wolle, dass das ABiKuS in Zukunft gut aufgestellt sei und, dass allfällige Fehler erkannt und Probleme gelöst werden, um nicht wiederholt zu werden. Wie vom Stadtpräsidenten erwähnt worden sei, sei letztlich genau dieses Vorgehen vorgesehen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion danke dem Stadtpräsidenten und dem Gemeinderat dafür, den Wunsch der FDP/jll/Fraktion aktiv in die Tat umzusetzen.

Die Weiterführung der Projekte und der Geschäfte sei der FDP/jll/BDP-Fraktion ein Anliegen, da diese nicht einfach sistiert werden können. In diesem Sinne rufe die FDP/jll/BDP-Fraktion den Rat dazu auf, die Motion erheblich zu erklären, um den Gemeinderat zu unterstützen und entsprechenden Support zu leisten.



**SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP):** Mit der Motion werde der Auftrag erteilt, eine umfassende Analyse im ABiKuS vorzunehmen. Vor dem Hintergrund und der bekannten Ausgangslage, dass inzwischen zwei Amtsvorstehende nach einer kurzen Amtsdauer ausgetreten seien, sei die Forderung natürlich logisch und richtig. Da dies auch vom Gemeinderat so gesehen werde und weil mit dem Anliegen eine Türe aufgestossen werden soll, die bereits offen stehe, sei der erste Teil der Motion (Vornahme einer Prüfung und Auslaageordnung) bereits aufgegleist. Die Motion beinhalte aber noch zwei weitere Teile: Zum Einen werde der Gemeinderat beauftragt, dem Stadtrat periodisch Bericht zu erstatten und zum Anderen laute ein Auftrag an den Gemeinderat, dem Stadtrat am Schluss die Resultate zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Insbesondere hinter den Teil zwei (Berichterstattung) setze die SVP-Fraktion gewisse Fragezeichen. Die SVP-Fraktion erachte es als besser, wenn der Gemeinderat am Projekt arbeiten könnte, ohne den Stadtrat regelmässig mit Teil- oder Zwischenergebnissen zu beliefern, weil dadurch ein Durcheinander ausgelöst werden könnte, das niemandem etwas bringe. Die SVP-Fraktion vertrete eher die Auffassung, dass der Gemeinderat dem Stadtrat Bericht zu erstatten habe, wenn es etwas zu beschliessen gebe. So gesehen - und in der Annahme, dass die Motion erheblich erkläre werde - hätte die SVP-Fraktion Verständnis dafür, wenn der Gemeinderat den Text nicht strikte und buchstabengetreu auslegen sollte.

Die SVP-Fraktion stehe hinter dem Kernanliegen der Motion und werde - trotz des geäusserten Bedenkens dem Vorstoss in der Form der Motion - als auch im Falle einer Wandlung in der Form eines Postulats - ganz klar zustimmen.

**SP/GL-Fraktion, Bernhard Marti (SP):** Seit der Schaffung des ABiKuS habe es im personellen Bereich viele Wechsel gegeben. Dass die Gründe der Wechsel ermittelt werden müssen und dass das weitere Vorgehen einer Planung bedürfe, gehöre zu einer Selbstverständlichkeit. Wie am heutigen Abend gehört, renne die vorliegende Motion offene Türen ein.

Die SP/GL-Fraktion halte fest, dass die Abschaffung des ABiKuS keine Option darstelle. Wenn einem Amt das Personal wegen zu hoher Arbeitsbelastung und zu geringen Personalressourcen davonlaufe, könne kaum dessen Abschaffung als Lösung in Betracht gezogen werden. In diesem Sinne werde sich die SP/GL-Fraktion aber einer selbstverständlichen Überprüfung des ABiKuS nicht verschliessen und werde die Erheblicherklärung der Motion mehrheitlich unterstützen.

**Beat Sterchi (SVP):** Nachdem Stadtrat Bernhard Marti namens der SP/GL-Fraktion die Überprüfung offenbar einschränken möchte, bitte er die Motionäre um eine Antwort auf die Frage, ob in der Überprüfung des ABiKuS auch dessen Aufhebung eine Variante darstelle? Ihm sei es wichtig, alles zu berücksichtigen, wozu auch die Tatsache gehören könnte, festzustellen, dass vor drei Jahren ein Fehler begangen worden sei.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP):** Zur Beantwortung der Frage von Stadtrat Beat Sterchi verweise sie auf den Begründungstext der Motion: "*... im Hinblick auf eine Optimierung explizit keine Optionen tabu sein sollen - auch eine Reorganisation, Verwesentlichung, Aufteilung etc. wie sogar die allfällige Aufhebung des ABiKuS müssen diskutiert werden können.*"

### III Abstimmung:

#### I. Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

**Die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion vom 24. Februar 2014:** ABiKuS. Überprüfung und Optimierung im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

#### II. Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

**1. Die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion vom 24. Februar 2014:** ABiKuS. Überprüfung und Optimierung im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit **wird erheblich erklärt.**

**2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 4. Motion Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 24. Februar 2014: Offenlegung der Interessenbindungen des Gemeinde- und Stadtrates; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Der Ingress der Motion laute: *"Der Gemeinderat wird beauftragt Grundlagen zu schaffen, damit sämtliche Interessenbindungen des Gemeinderates - wie auch des Stadtrates bekannt und öffentlich einsehbar sind."* Grundsätzlich stehe der Gemeinderat der geforderten Transparenz offen gegenüber.

Ab dem 1. Juni dieses Jahres werden drei Mitglieder des Langenthaler Gemeinderates dem Grossen Rat des Kantons Bern angehören. Mindestens diesen drei Personen sei die Problematik der Offenlegung und Bewirtschaftung von Interessenbindungen aus eigener Erfahrung bereits bekannt. Der Gemeinderat gehe aber auch intern mit der Frage von Interessenbindungen offensiv um, ohne diese jedoch direkt öffentlich bekannt zu machen. Damit werde dargelegt, dass sich der Gemeinderat mit dem Anliegen der Motionärin bereits eingehend befasst habe und diese zu seinen eigenen Standards erklärt habe.

In der Motion gehe es darum, eine reglementarische Verpflichtung einzuführen, um sämtliche Interessenbindungen der Mitglieder des Gemeinderates als auch des Stadtrates zu erfassen, die Daten zu bewirtschaften und diese öffentlich bekannt machen. Weil es sich dabei um die Frage einer Reglementsanpassung handle, erkläre der Gemeinderat die Motion als Motion mit Weisungscharakter.

Aus Gründen der Transparenz und aufgrund von Erfahrungen der Mitglieder im Kantonsparlament, beantrage der Gemeinderat die Motion als erheblich zu erklären. Allerdings sollte gemäss der Meinung des Gemeinderates eine Führung und Bewirtschaftung entsprechender Listen - was unbestrittenermassen zu zusätzlichem Aufwand führe - sich aufwandmässig in Grenzen halten. Der Gemeinderat stelle sich vor, dass die Verantwortlichkeit für die Meldungen und auch die entsprechende Haftung für die Richtigkeit der Meldungen bei den einzelnen Ratsmitgliedern liegen müsse. Dementsprechend wäre eine Melde- und Mutationspflicht einzuführen. Der Gemeinderat sei absolut nicht der Meinung, dass es die Aufgabe der Verwaltung sein müsse, periodisch in einem doch nicht zu unterschätzenden Verfahren die Daten immer wieder nachfragen zu müssen. Im Grossen Rat des Kantons Bern und offenbar auch im Nationalrat seien die Mitglieder verantwortlich dafür, Veränderungen, die sie als meldepflichtig erachten, zu melden. Eine Nachfrage in Bezug auf die Interessenbindungen werde nur alle vier Jahre durchgeführt, wenn die Räte neu besetzt werden.

Bezüglich der Art der Bekanntmachung und Aufstellung allfälliger Listen mit Interessenbindungen stelle sich der Gemeinderat eine Regelung vor, wie sie auf kantonaler Ebene zur Anwendung komme (Auflistung der Meldungen von jedem einzelnen Mitglied des Grossen Rates via Internet einheitlich strukturiert einsehbar).

Der Gemeinderat empfehle die Motion zur Erheblicherklärung. Diese Empfehlung gelte auch im Falle der Wandelung der Motion in ein Postulat.

**Motionärin Karin Rickli (GL):** Dass der Gesamtgemeinderat die Erheblicherklärung ihrer Motion beantrage, finde sie erfreulich.

Durch die Offenlegung von Interessenbindungen werde die Glaubwürdigkeit der Politik gestärkt. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Transparenz sei legitim. Entsprechende Regelungen seien auf nationaler Ebene, im Grossen Rat und in verschiedene Gemeinden im Kanton Bern (beispielsweise Burgdorf) bekannt.



## Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

Wie der Gemeinderat sei auch sie der Meinung, dass der Aufwand für die Führung und Bewirtschaftung der Listen möglichst klein gehalten werden sollte und dass die Stadträte ihre Interessenbindungen oder deren Veränderungen der Verwaltung melden sollen, so dass nicht die Verwaltung diesen Informationen hinterherrennen müsse.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden dank dieser Offenlegung ihre Entscheidungen besser informiert treffen können. Die SP/GL-Fraktion stimme der Motion zu. Persönlich hoffe sie, dass auch andere Stadtratsmitglieder dem Antrag des Gemeinderates folgen und die Motion erheblich erklären.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Lukas Felber (jll):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion habe überhaupt nichts zu verstecken. Seit Jahren seien auf der Website der [www.fdp-langenthal.ch](http://www.fdp-langenthal.ch) die Informationen über die Mandatsträger aufgeschaltet. Diese Informationen würden sogar noch weiter gehen, als in der Motion verlangt werde, indem auch noch normale Mitgliedschaften in den Vereinen aufgeführt seien. Der FDP/jll/BDP-Fraktion sei Transparenz wichtig. Die profilierten Köpfe der FDP/jll/BDP-Fraktion seien bekannt und sie brauchen sich weder hinter ihrem beruflichen Wirken, noch hinter ihren öffentlichen oder privaten Engagements zu verstecken.

Transparenz sei aber auch jenseits der allfällig verschachtelten Listen in der Websites-Struktur der Stadt Langenthal gegeben. Wer sich interessiere, könne die Mandate bereits heute im Internet abrufen. Er habe heute Nachmittag eine Stichprobe gemacht und unter [www.moneyhouse.ch](http://www.moneyhouse.ch) amtlich gültige Informationen über den Stadtpräsidenten gratis abgefragt. Alle Mandate, die der Stadtpräsident in der Liste in den Grundlageakten angegeben habe, seien mit einer handvoll Clicks abrufbar.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion begrüsse es, dass der Gemeinderat seine Interessenbindungen offenlege und diese auch regelmässig erfasse, weil natürlich im Gemeinderat auch Ausstandspflichten vorgesehen seien. Anders verhalte es sich im Stadtrat. Auch in anderen Gemeinden im Kanton Bern sei nicht die von der Motionärin vorgeschlagene Lösung gewählt worden, so dass es auch andernorts keine Pflicht für das Parlament gebe.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion wisse aus eigener Website-Erfahrung, dass die Datenpflege Aufwand verursache. Informationen über das neuste Mitglied der FDP im Stadtrat, Michael Witschi, seien beispielsweise auf der FDP-Website noch nicht vorhanden. Die FDP/jll/BDP-Fraktion glaube, dass sich der Aufwand - auch wenn die Verantwortung auf die Mitglieder des Parlaments abgeschoben würde - nicht lohne, weil damit die Stadt als Ganzes nicht vorwärts gebracht werde, zumal für etwas - das letztlich nur auf begrenztes Interesse stossen würde - nur Kosten verursache und womit nichts gespart werde.

Die Motion finde in der FDP/jll/BDP-Fraktion keine Mehrheit, weil die Offenlegung der Interessenbindungen der Stadtratsmitglieder zwingend sei. Im Falle der Wandelung der Motion in ein Postulat könnte sich eine Mehrheit der Erheblicherklärung anschliessen.

**SVP-Fraktion, Ralp Burlon (SVP):** Obschon auch die SVP-Fraktion sicher nicht für Intransparenz sei, frage sie sich doch, welchen Nutzen ein solches Register in Anbetracht des damit verbundenen Erstellungs- und Pflegeaufwandes haben soll. In den Unterlagen könne nachgelesen werden, dass das freiwillig geführte Register der Gemeinderäte einen nicht unerheblichen Aufwand darstelle.

Wie Stadtrat Lukas Felber bereits erwähnt habe, könne - wer sich dafür interessiere - die entsprechenden Informationen via das Handelsregister oder [www.moneyhouse.ch](http://www.moneyhouse.ch) etc. beschaffen. Obwohl sich Langenthal Stadt nenne, sei Langenthal immer noch ein Dorf, wo man sich kenne und wo man den persönlichen Kontakt zu den Stadträten noch pflegen könne.

Die SVP-Fraktion frage sich auch, wie das Ganze in Bezug auf die Verantwortlichkeiten, die Bewirtschaftung etc. praktisch umgesetzt werden sollte. Die SVP-Fraktion sei gegen eine unnötige Reglementierung und lehne die Motion einstimmig ab. Dem Vorstoss in Form des Postulats würde von der SVP-Fraktion im Sinne von *"nützt's nüt, schadt's nüt"* mehrheitlich zugestimmt.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

**EVP/glp-Fraktion, Rahel Lanz (EVP):** In den Grundlageakten werde der Initialaufwand und die Datenpflege als bedenklicher Punkt genannt, was von der EVP/glp-Fraktion überhaupt nicht so gesehen werde. Die Datenerfassung gebe nicht so sehr viel zu tun und die Daten auf die Homepage zu laden, werde wohl auch noch machbar sein. Zudem werde ein grosser Teil der anwesenden Stadträtinnen und Stadträte wohl gar keine solchen Ämter besetzen; falls doch, handle es sich vermutlich nur um etwa zwei oder drei Personen. Wie der Stadtpräsident bereits erwähnt habe, sei auch die EVP/glp-Fraktion dafür, dass allfällige Änderungen von den Ratsmitgliedern gemeldet werden müssen (Bring-Prinzip).

Zurzeit seien nur die Daten respektive die Interessenbindungen des Gemeinderates freiwilligerweise erfasst. Mit der Annahme der Motion würde eine Gleichbehandlung der Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder erreicht, was von der EVP/glp-Fraktion ebenfalls als unterstützenswert erachtet werde.

Die EVP/glp-Fraktion habe natürlich überhaupt kein Problem mit der Offenlegung von allfälligen Interessenbindungen. Da man im Stadtrat aber nicht in den Ausstand treten müsse, werde der Nutzen nicht wirklich gesehen. Die EVP/glp-Fraktion werde sich deshalb in der Abstimmung der vorliegenden Motion der Stimme enthalten. Dies auch deshalb, weil der Nutzen etwa ähnlich gross bzw. ähnlich klein sei, wie der Aufwand.

**Motionärin Karin Rickli (GL):** Dass man sich im Stadtrat kenne, treffe zu. Es gebe jedoch auch Zuzüger, die die Leute im Parlament nicht kennen. Langenthal habe mittlerweile 15'000 Einwohnerinnen und Einwohner, von denen sie nicht glaube, dass diese die Mitglieder des Stadtrates alle kennen.

Der Aufwand wäre alle vier Jahre und nicht jährlich zu betreiben. Vom Gemeinderat wären die Daten jetzt schon vorhanden, womit es nur noch um die Beschaffung der Daten der Stadtratsmitglieder ginge. Da die FDP/jll/BDP-Fraktion ihre Daten im Internet schon bereitstelle, wäre es für diese auch kein so grosser Aufwand mehr, diese zu melden.

Trotzdem **wandle sie ihre Motion in ein Postulat.**

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 4 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat (gewandelte Motion) Rickli Karin (GL) und Mitunterzeichnende vom 24. Februar 2014: Offenlegung der Interessenbindungen des Gemeinde- und Stadtrates wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

### 5. Interpellation Rickli Karin (GL) vom 24. Februar 2014 betreffend Entschädigungen der Gemeinderäte; Beantwortung

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Interpellantin Karin Rickli (GL):** Für die Beantwortung der Interpellation, mit welcher sie grundsätzlich zufrieden sei, danke sie dem Gemeinderat. Sie finde es beruhigend zu wissen, dass alles den Vorschriften entspreche.

Es sei ihr jedoch ein wirkliches Anliegen, dass im Zuge der Aufgabenüberprüfung und Ertragspotentialanalyse auch einmal im eigenen "Gärtchen geschaut" werde. Vielleicht sollte man sich die Frage stellen, ob die grosszügigen Regelungen bei den Entschädigungen als auch die bei den Arbeitszeiten bei Nebenbeschäftigungen noch zeitgemäss und moralisch noch vertretbar seien, bevor allenfalls Aufgaben gestrichen und/oder Abgaben und Steuern erhöht werden sollen.

#### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 2. April 2014 sowie die Ausführungen der Interpellantin zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 6. Interpellation Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014 betreffend "Geschwindigkeitsmessungen: Sie fahren ..."; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Interpellantin Beatrice Greber (SP):** Im Sinne des altbekannten Sprichworts "*Vorbeugen ist besser als heilen!*" sei auch sie fest davon überzeugt, dass Prävention sehr nachhaltig sei und sich lohne. Um möglichst viele Unfälle zu verhindern, sei die Anpassung der Geschwindigkeit je nach Verhältnis ein Muss. Besonders in den Wohnquartieren würden viel zu viele Gefahren lauern.

Dass man mit einem Auto sehr schnell zu schnell unterwegs sein könne, sei allen bekannt. Dies treffe aber nicht nur auf Autos, sondern auch auf Flyer und sogar auf einige schnelle Velos zu, was besonders für Kinder eine grosse Gefahr darstelle.

Eine häufige Sensibilisierung sei unbedingt nötig und wichtig. Mögliche Geschwindigkeitsmessungen auf den Strassen sei allen bekannt (die blitzenden oder die Geschwindigkeit anzeigenden). Bei einer Abstimmung darüber, welcher Messungsart wohl der Vorzug gegeben werde, käme wohl ein einstimmiges Resultat zu Gunsten der die Geschwindigkeit anzeigende Messung heraus.

Für die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen danke sie dem Gemeinderat. Es freue sie zu lesen, dass nichts gegen den Einsatz der Geschwindigkeitsmessgeräte spreche und dass sogar auch die Wünsche aus der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Mit den Antworten sei sie zufrieden, mit der Häufigkeit, in welcher diese Messgeräte zum Einsatz kommen aber nicht, obschon die erwähnten personellen Engpässe sehr wohl verständlich seien.

Die Stadt Langenthal besitze ein solches Gerät, das der Bevölkerung aber überhaupt nichts bringe, wenn es im Keller gelagert werde.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 26. Februar 2014 sowie die Ausführungen der Interpellantin zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 7. Interpellation Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 24. Februar 2014 betreffend konkrete Auswirkungen der Volksinitiative "Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern" auf die Stadt Langenthal; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Interpellant Patrick Freudiger (SVP):** Die aufdatierten Akten in der Auflage seien klar, deutlich und transparent. An dieser Stelle danke er der Stadtverwaltung bzw. vor allem dem Amt für öffentliche Sicherheit (A-föS) für die saubere Auflistung.

15 Gesuche bzw. 17 Personen seien direkt von der Initiative betroffen, was heisse, dass deren Gesuche mit der neuen Regelung, die gemäss der Rechtsauffassung der Polizei- und Militärdirektion (POM) sofort anwendbar sei, nicht mehr bewilligt werden können.

12 Gesuche, welche 20 Personen umfassen, seien sistiert worden. Eine Sistierung komme zur Anwendung, wenn die Voraussetzungen zur Einbürgerung momentan nicht gegeben seien, aber damit zu rechnen sei, dass in absehbarer Zeit die Voraussetzungen erfüllt sein können. Die Initiative wirke sich ganz klar auch auf die Sistierungen aus, obschon diese eine mildere Massnahme darstelle als die Abweisung.

Von den 17 Personen, deren Gesuche nicht mehr gutgeheissen werden können, könne das Gesuch 12 Personen nicht erteilt werden, weil diese über keine Niederlassungsbewilligung verfügen, womit diese auch kein Anrecht haben, dauerhaft in der Schweiz zu bleiben. Bei 5 Personen werde wegen Sozialhilfebezügen keine Bewilligung erteilt. In einem Fall habe bereits eine Abweisung vorgenommen werden können, weil auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei, dass die bezogene Sozialhilfe zurückbezahlt werden könne.

Die im Vorfeld der Abstimmung viel vorgebrachte Behauptung, dass die Initiative nicht wirken werde, sei falsch, da die Initiative A: wirke und B: richtig wirke! Von der Wirkung sei nicht irgendwer betroffen, sondern genau die Leute, die die massgeblichen Integrationsvoraussetzungen eben nicht erfüllen.

In seiner 8-jährigen Tätigkeit in der Kommission für öffentliche Sicherheit habe er Einblick in die Praxis erhalten weshalb er ergänzend festhalte, dass nicht erst seit die Initiative in Kraft getreten sei, sondern schon vorher, mit jedem Gesuchsteller eine Art Vorgespräch geführt worden sei bzw. werde. Im Rahmen dieses Vorgesprächs werde ein Gesuchsteller auch darauf hingewiesen, welche Formalien und Dokumente es brauche. Erst im Anschluss an dieses Gespräch erfolge die Abgabe der Einbürgerungsdokumente an die Gesuchsteller. Wenn einer der Gesuchsteller nun sehe, dass nach neuen Recht als Vorerfordernis eine C-Aufenthaltsbewilligung oder eine Bestätigung, keine Sozialhilfe bezogen zu haben, erforderlich sei, dann werde diese Person ihr Gesuch möglicherweise formell erst gar nicht einreichen. Demgemäss gebe es eine Anzahl Leute, die in der genannten Zahl nicht enthalten seien und bei denen die Initiative aber auch wirke.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 23. April 2014 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

## 8. Einfache Anfrage Sterchi Beat (SVP) vom 24. Februar 2014 betreffend Nutzung von Schulhäusern für Wahlveranstaltungen; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Gemäss Art. 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates werde weder über die Einfache Anfrage noch über die in schriftlicher Form des Gemeinderats vorliegende Antwort eine Diskussion geführt.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 2. April 2014 zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

## 9. Einfache Anfrage Sterchi Beat (SVP) vom 24. Februar 2014 betreffend Bauvorhaben des Islamischen Kulturzentrums an der Bützbergstrasse; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Gemäss Art. 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates werde weder über die Einfache Anfrage noch über die in schriftlicher Form des Gemeinderats vorliegende Antwort eine Diskussion geführt.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 2. April zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 10. Mitteilung der Geschäftsprüfungskommission

### ■ Rolle und Funktion der Geschäftsprüfungskommission und deren Ausübung in der Praxis

**GPK-Vizepräsidentin Ruth Trachsel (EVP):** Im Namen der Geschäftsprüfungskommission verlese sie folgende Mitteilung:

*"Anlässlich der Stadtratssitzung vom 24. Februar 2014 wurden im Rahmen der parlamentarischen Diskussionen zu den Interpellationen Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Marti Bernhard (SP) vom 16. Dezember 2013 betreffend Führungsverständnis und -verhalten (Trakt. 8) sowie Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Marti Bernhard (SP) vom 16. Dezember 2013 betreffend Projekt "ict4kids" (Trakt. 9) u.a. die Rolle und Funktion der Geschäftsprüfungskommission und deren Ausübung in der Praxis in verschiedenen Voten thematisiert.*

*Die Geschäftsprüfungskommission nahm die Äusserungen zum Anlass, eine GPK-interne Aussprache durchzuführen. Gerne möchte sie den Stadtrat in der gebotenen Kürze über die einstimmig gefassten Schlussfolgerungen informieren:*

- 1. Die Geschäftsprüfungskommission nimmt im Auftrag des Stadtrates die Oberaufsicht über den Gemeinderat und die Stadtverwaltung wahr. Alle Mitglieder sind sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe bewusst. Werden Mitglieder mit Themen - sei es aus dem Stadtrat, der Bevölkerung oder der Verwaltung - konfrontiert, die den Aufgabenbereich der GPK tangieren, sind diese im Rahmen der GPK zu behandeln und mögliche Massnahmen innerhalb der GPK anzugehen. Die Mitglieder sind sich einig, dieser Priorität weiterhin hohe Beachtung zu schenken.*
- 2. Neben den GPK-internen Themen befasste sich die Kommission erneut mit dem Projekt ict4kids und den mittels der angesprochenen Interpellation aufgeworfenen Fragestellungen. Nach einer intensiven Diskussion zu den vorliegenden Antworten des Gemeinderates und zum Projekt ict4kids insgesamt kommt die GPK einstimmig zum Schluss, dass sie auf einen Antrag zuhanden des Stadtrates auf Durchführung einer Sonderprüfung verzichtet.*
- 3. Inhaltlich begrüsst die GPK die mit der Interpellation aufgeworfenen kritischen Fragen zur Einhaltung von beschaffungsrechtlichen Vorschriften sowie zur Unabhängigkeit der sowohl in der Verwaltung als auch in politischen Behörden für Entscheide zuständigen Personen. Diesen übergeordneten Vorschriften gilt es stets die nötige Beachtung zu schenken und deren Umsetzung ist strikte sicher zu stellen. Die GPK ist gewillt, ihren Beitrag dazu auch zukünftig zu leisten.*

*Geschäftsprüfungskommission, 5. Mai 2014"*

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

## 11. Mitteilungen des Gemeinderates

-

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**12 A. Eingereichte Motion Bärtschi Matthias (BDP), Bayard Paul (SP), Dietrich Pascal (JL), Di Nino Roberto (SVP), Freudiger Patrick (SVP), Gfeller Markus (FDP), Greber Beatrice (SP), Lanz Rahel (EVP), Schaller Albert (SVP), Stäger Christoph (glp), Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Trachsel Ruth (EVP) vom 12. Mai 2014: Sofortmassnahmen gegen den Parkplatzmangel bei der HasliPraxis AG**

Motionstext:

**"Richtlinienmotion «Sofortmassnahmen gegen den Parkplatzmangel bei der HasliPraxis AG»**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, folgendes Anliegen zu prüfen:*

*Es sind geeignete Sofortmassnahmen zu treffen, um dem Parkplatzmangel bei der HasliPraxis AG entgegenzuwirken:*

- *Der geplanten baulichen Verbreiterung des Friedhofswegs und der damit verbundenen Schaffung zusätzlicher Parkplätze ist im weiteren Planungsprozess prioritäre Bedeutung beizumessen.*
- *Bis zur Verwirklichung dieses Projekts sind Sofortmassnahmen zu ergreifen, wobei sich namentlich folgende Lösungsvorschläge aufdrängen:*
  - *Die bestehenden «Blaue Zone»-Parkplätze am Friedhofweg sind mit dem Hinweis «Besucher HasliPraxis» zu versehen, wie dies bei einigen der dortigen Parkplätze bereits der Fall ist; gegebenenfalls sind die Parkplätze am Friedhofweg der HasliPraxis AG gegen angemessenes Entgelt (tagsüber) zu vermieten.*
  - *Es sind Gespräche mit benachbarten Grundeigentümern für weitere Übergangslösungen zu führen.*
  - *Allenfalls sind öffentliche Parkplätze auf der stadteigenen Parzelle Langenthal Gbbl. Nr. 908 zu schaffen.*

*Begründung:*

*Die Stadt Langenthal leidet an einem Mangel an hausärztlichen Dienstleistungsangeboten. Heute bestehen vier Einzelpraxen und eine Gemeinschaftspraxis (wobei demnächst eine weitere dazukommen wird). Im Jahr 1980 gab es noch 11 Hausarztpraxen in Langenthal. Die Situation dürfte sich in Zukunft noch weiter verschärfen. Für die Stadt Langenthal war deshalb die Eröffnung der HasliPraxis von besonderer Wichtigkeit. Innert kurzer Zeit hat die HasliPraxis einen festen Platz im Langenthaler (Haus-)Ärztemarkt eingenommen und versorgt heute rund die Hälfte der Langenthaler Bevölkerung mit hausärztlichen Dienstleistungen.*

*Die Räumlichkeiten an der St. Urbanstrasse 40 sind zwar zentral gelegen und die Eröffnung der Praxis an diesem Standort lag auch im Interesse der Stadt Langenthal. Indes ist die Zufahrts- bzw. Parkplatzsituation vor der HasliPraxis unbefriedigend. Die bestehenden Parkplätze reichen nicht aus, um die Bedürfnisse der Praxis abzudecken. Voraussichtlich im Jahr 2015 ist eine bauliche Verbreiterung des Friedhofswegs geplant, wobei im Rahmen dieses Projekts zusätzliche Parkplätze geschaffen werden sollen. Dieses Projekt ist zu begrüssen; Planung und Umsetzung sind prioritär zu behandeln.*

*Bis zur Verwirklichung des Projekts bedarf es überdies Sofortmassnahmen zur Abhilfe des Problems. Aus Sicht der Motionäre bieten sich namentlich folgende Lösungsvorschläge (einzeln oder gemeinsam) an: Beispielsweise könnten künftig die «Blaue Zone»-Parkplätze am Friedhofweg mit dem Hinweis «Besucher HasliPraxis» versehen werden, wie dies bei einigen dieser Parkplätze heute bereits der Fall ist. In Frage kommt auch eine Vermietung der Parkplätze am Friedhofweg an die HasliPraxis, so dass diese (tagsüber) ausschliesslich zur Verfügung ihrer Kunden stehen. Mit zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang die berechtigten Anliegen der Friedhofbesucher und der Mitarbeiter des Alterszentrums, so dass bei Bedarf ein paar der Parkplätze zu deren Gunsten von diesen Massnahmen ausgenommen werden können. Schliesslich kann - falls im Gespräch mit weiteren Grundeigentümern in der Nähe keine Lösung gefunden wird und weitere Parkplätze erforderlich sind - die stadteigene Parzelle Langenthal Gbbl. Nr. 908 (gegebenenfalls unter angemessener finanzieller Mitbeteiligung der HasliPraxis) für die Schaffung von Parkplätzen nutzbar gemacht werden.*



## Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

*Die HasliPraxis ist eine aus einer privaten Initiative heraus entstandene Institution, welche dem hier bestehenden Mangel an hausärztlichen Dienstleistungsangeboten entgegenwirkt und damit für die Stadt Langenthal wertvolle Dienste erbringt. Insoweit liegt es auch im öffentlichen Interesse der Stadt Langenthal selbst, einen funktionierenden Zugang zu dieser Institution zu gewährleisten. Die Sofortmassnahmen im oben geschilderten Sinn schaffen auch keine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Langenthaler Hausärzten; vielmehr bestehen von ihrer Seite gerade keine Einwände, wenn die Stadt Langenthal dem Parkplatzmangel bei der HasliPraxis entgegenwirkt.*

*Die unterzeichnenden Motionäre sind sich bewusst, dass der Vorstoss erst an der übernächsten Sitzung des Stadtrates zur Behandlung und Beschlussfassung traktandiert werden muss. Zumal die Motion gerade die Einleitung von Sofortmassnahmen zum Gegenstand hat und das Anliegen von mehreren Stadtratsmitgliedern aus allen Fraktionen getragen wird, ersuchen die Motionäre darum, den Vorstoss bereits an der Stadtratssitzung im Juni zu traktandieren."*

*Matthias Bärtschi, Paul Bayard, Pascal Dietrich, Roberto Di Nino, Patrick Freudiger, Markus Gfeller, Beatrice Greber, Rahel Lanz, Albert Schaller, Christoph Stäger, Daniel Steiner-Brütsch und Ruth Trachsel*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 12 B. Eingereichte Motion Graf Baumgartner Barbara und Greber Beatrice (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2014: Förderung von gemeinnützigem Wohnbau

Motionstext:

### **"Förderung von gemeinnützigem Wohnbau**

- *Der Gemeinderat wird beauftragt, den gemeinnützigen Wohnbau in der Stadt Langenthal zu fördern.*
- *Bei den Veräusserungen von städtischen Liegenschaften, auch zentral gelegenen Liegenschaften, sollten gemeinnütze Wohnbauträger miteinbezogen werden.*

Begründung:

*Das bernische Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) läuft Ende 2014 aus. Umso wichtiger ist es nun, in der Stadt Langenthal bedarfsgerechtes, nicht gewinnorientiertes Bauen und Wohnen zu unterstützen.*

*Wohnbauträger gelten definitionsgemäss als gemeinnützig, sofern sie das Prinzip der Kostenmiete anwenden und mit der Vermietung der Liegenschaften keinen Gewinn anstreben. Sie richten für das Anteilscheinkapital keinen oder einen nach oben begrenzten Zins aus. Ein allfälliger Liquidationserlös muss wieder für den gemeinnützigen Wohnungsbau verwendet werden, andernfalls fällt er an die öffentliche Hand."*

*Barbara Graf Baumgartner, Beatrice Greber und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> *Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.*



## 12 C. **Eingereichtes Postulat Dietrich Pascal und Felber Lukas (beide jll) und einer Mitunterzeichnenden vom 12. Mai 2014: Attraktive Innenstadt**

Postulatstext:

**"«Attraktive Innenstadt»"**

*Der Gemeinderat wird eingeladen zwecks Attraktivierung der Innenstadt im Allgemeinen und der Kreuzung Marktgasse/Bahnhofstrasse im Besonderen, Alternativen zur geplanten Begegnungszone in diesem Bereich zu prüfen.*

*Begründung:*

*Das Stadtzentrum wurde in den vergangenen Jahren verschiedentlich baulich aufgewertet. Der Übergang zwischen der oberen und unteren Marktgasse ist jedoch weder für Fussgänger noch für den motorisierten Verkehr optimal. Den Unterzeichnenden erscheint eine weitere Durchmischung der Verkehrsteilnehmer mit einer allfälligen Begegnungszone allerdings wenig zielführend, umso mehr, als die Erfahrungen mit der in der Jurastrasse markierten Begegnungszone zurückhaltend formuliert zwiespältig sind. Deshalb soll mit der Prüfung weiterer Varianten ein Vergleich möglich werden, welcher die Grundlage für die politische Entscheidungsfindung und die öffentliche Debatte bilden und diese erleichtern wird.*

*Als mögliche Alternativ-Variante könnte der Übergang Marktgasse/Bahnhofstrasse punktuell vom lärmigen motorisierten Verkehr befreit werden, beispielsweise in der warmen Jahreszeit am Freitag- und Samstagabend, sowie evtl. am Sonntag. Für die flexible Umsetzung einer solchen Massnahme würden sich allenfalls versenkbare Poller anbieten. Mögliche Standorte dafür wären einerseits die Bahnhofstrasse auf der Höhe der Einmündung der Farbasse und direkt nach der Kreuzung Hübeligasse/Manor, sowie andererseits in der unteren Marktgasse.*

*Mit den vorgeschlagenen Pollerstandorten und Sperrzeiten könnten einerseits die Bedürfnisse des Gewerbes berücksichtigt werden. Gleichzeitig wird die genannte Kernzone zu jener Zeit entlastet, welche besonders geeignet ist für Veranstaltungen jeder Art, z. B. auf dem Platz vor dem Choufhüsi. Das flexible System mit den Pollern stellt die Linienführung der Ortsbusse nicht grundsätzlich in Frage und könnte auch bei verschiedenen Anlässen (Monatsmarkt, Fasnacht, Marschmusikparade, weitere Grossanlässe, Hochwasser, etc.) zum Einsatz kommen. Gemäss Auskunft des Stadtbauamts wäre die vorgeschlagene Massnahme mit dem geltenden Planungsrecht vereinbar.*

*Allenfalls gibt es aber auch noch weitere Varianten, welche als Alternativen zur umstrittenen und in breiten Bevölkerungsschichten unbeliebten Begegnungszone dargestellt und geprüft werden könnten."*

*Pascal Dietrich, Lukas Felber und eine Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 12 D. Eingereichte Einfache Anfrage Morgenthaler Helena (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2014 betreffend Standort Wochenmarkt

Text der Einfachen Anfrage:

### **"«Standort Wochenmarkt**

*Der Langenthaler Wochenmarkt an den Vormittagen vom Dienstag und Samstag ist ein sehr beliebter Einkaufs- und Begegnungsort.*

*Rund 30 Marktfahrer bieten frisches Gemüse, Obst, Fisch, Fleisch, Backwaren und Selbstgemachtes an.*

*Bevor die Bauarbeiten in der Marktgasse begannen, wurden die Marktstände immer ab Höhe Suter's Stadt Café und Metzgerei Stettler bis etwa Höhe Schuhhaus Maissen und Crédit Suisse aufgestellt. Die beiden Märkte brachten den Gewerbetreibenden und Restaurationsbetrieben zusätzlich recht viel Betrieb. Auch weitere Standbetreiber, wie etwa solche von politischen Parteien oder anderen Institutionen, konnten davon profitieren.*

*Als regelmässige Kundin und Passantin der Marktgasse zu den verschiedensten Tageszeiten stelle ich fest, dass es in der Marktgasse sehr ruhig ist. Der Marktbetrieb fehlt.*

*Meine Anfrage:*

*Ist es möglich, die beiden Wochenmärkte trotz Baustelle im obersten Marktassenbereich so rasch als möglich wieder in die Marktgasse zurückzuverlegen? Die Stände könnten ja bereits auf der Höhe UBS und Stiep Schmuck-Laube aufgebaut werden.*

*Ich sehe wenig Baustellenverkehr über die Marktgasse zirkulieren.*

*Es wäre schön, wenn der Marktbetrieb so rasch als möglich wieder dorthin verlegt würde wo er hingehört."*

*Helena Morgenthaler und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Einfachen Anfrage erfolgt gemäss Art. 39 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> **Art. 39 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Einfache Anfrage)

<sup>3</sup> Der Gemeinderat beantwortet die Einfache Anfrage schriftlich oder mündlich bis zur übernächsten Sitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern. Es findet weder eine Diskussion über die Anfrage noch über die Antwort statt.



## 13. Persönliche Erklärung der Stadträte Daniel Steiner-Brütsch (EVP) und Bernhard Marti (SP) gemäss Art. 32 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

**Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Im Namen von Stadtrat Bernhard Marti (SP) sowie in seinem Namen gebe er folgende gemeinsame persönliche Erklärung ab:

*"Sehr geehrte Damen und Herren*

*Am 16. Dezember 2013 reichten wir die Interpellation mit Fragen zum Projekt «ict4kids» im Stadtrat ein. In dieser Interpellation formulierten wir Fragestellungen, welche sich teilweise auf einzelne Mitarbeitende der Stadtverwaltung bezogen.*

*Der Gemeinderat beantwortete die Fragen der Interpellation an der Stadtratssitzung vom 24. Februar 2014. Neben den Antworten auf die Fragen der Interpellation selber, zeigte der Gemeinderat sein deutliches Missfallen darüber, dass die Fragen Mutmassungen über unredliches oder rechtswidriges Verhalten von einzelnen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung beinhalteten; insbesondere betreffend leitende Angestellte des Fachbereichs Informatik. Im Nachgang zu besagter Stadtratssitzung fanden in dieser Sache Gespräche statt zwischen uns Interpellanten und den involvierten Mitarbeitenden des Fachbereichs Informatik zur Frage Nummer 5 der Interpellation. Dabei wurden diese Mitarbeitenden mit den konkreten Informationen bedient.*

*Aufgrund der Erkenntnisse aus diesen Gesprächen, stellen wir heute fest, dass es nicht richtig war «auf den Mann zu spielen» und einzelne Verwaltungsangestellte der Stadt direkt in unsere Fragestellungen einzubeziehen. Insbesondere geben wir unserem Bedauern Ausdruck, dass wir unsere Informationen vor der Einreichung der Interpellation nicht verifiziert haben und dass wir auf der Basis von Informationen, die sich im Nachhinein als falsch erwiesen haben, darauf geschlossen haben, dass sich die betreffenden Mitarbeitenden unredlich oder gar rechtswidrig verhalten haben.*

*Es tut uns sehr leid, dass wir mit unserer Interpellation einzelne Mitarbeitende der Stadtverwaltung in unberechtigten Misskredit gebracht haben und wir entschuldigen uns in aller Form dafür.*

*Langenthal, 7. Mai 2014*

*Die Interpellanten:*

*Bernhard Marti, Stadtrat SP und  
Daniel Steiner-Brütsch, Stadtrat EVP"*

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> **Art. 32 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Persönliche Erklärung)

*Jedes Stadratsmitglied, die Fraktionen und die Mitglieder des Gemeinderats sind berechtigt, nach Abschluss der Traktandenliste eine Erklärung abzugeben. Diese Erklärung ist kurz und sachlich zu halten.*



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 12. Mai 2014

## 14. In eigener Sache

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Jedes Parlamentsmitglied finde vor sich auf dem Tisch nebst dem Geschäftsbericht 2013 der Industriebetriebe Langenthal auch die neuste Publikation des Kunsthhauses Langenthal liegen, welche als Anregung dienen soll, die vielen Angebote dieser städtisch unterstützten Institution zu nutzen.



Mit dem besten Dank für die angeregte und effiziente Sitzung weise er darauf hin, dass die nächste Stadtratssitzung am 23. Juni 2014 im Singsaal des Kreuzfeldschulhauses 1 stattfinde werde, weil der grosse Saal der Alten Mühle von der Gartenoper belegt werde.

Wie zu Beginn der Sitzung erwähnt, hoffe er, dass im Anschluss an die Sitzung möglichst viele Ratsmitglieder die Brasserie Hasli aufsuchen, die seit dem 1. Mai 2014 mit der Produktlinie "49er" neue Biersorten im Angebot habe.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-